# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

...mentspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst ...Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. ...Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und ...-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

...r. 71. Dresden, Mittwoch den 30. März 1910. 21. Jahrg.


## Eine Manteuffelei.

### ...engabe an die Berliner Schutzmannschaft".

...folgendes Schreiben ist einer Anzahl reicher Leute ...gegangen. Das Berliner Tageblatt ist in der ... der Oeffentlichkeit zu übergeben:

Berlin, 26. März 1910.

...lich.

Die Berliner Schutzmannschaft steht zurzeit im ...denklich schweren Diensten. Treue Pflichterfüllung seitens ...manns wird von einem Teil der Bevölkerung ...r mit unerhörten Beschimpfungen vergolten. ...die Kinder von Schutzleuten als solche sind den Gehässig- ...und den Angriffen ihrer Mitschüler ausgesetzt.

...Demgegenüber ist von vielen Seiten angeregt worden, vor- ...sie und gerecht denkende Bürger möchten sich zu einer Ehren- ...mit die Schutzmannschaft als Sympathiekundgebung ...mit pflichttreuen Beamten zusammenfinden.

...Sollten Euer Hochwohlgeboren geneigt sein, sich einem hier- ...bildenden privaten Komitee anzuschließen, so bitte ich ge- ...umgehende Mitteilung an meine Adresse, Berlin W. 66, ...er Straße 8.

...Mit Politik, insbesondere mit der Wahlrechtsfrage, ...ein Anregung selbstverständlich nicht das mindeste zu ...Freiwillige Spenden für diese Ehrengabe bitte ich Herrn ...rektor Leopold Steinthal, Berlin W., Französische Straße 20, ...wollen, unter der Bezeichnung „Für die Ehrengabe ...Berliner Schutzmannschaft".

Freiherr v. Manteuffel
...heimer Wirklicher Geheimer Rat und Landesdirektor der Provinz Brandenburg.

...Freiherr v. Manteuffel, der Unterzeichner des reizvollen ...blicks, ist Präsident des preußischen Herren- ...s und sein Bettelbrief mag einen verheißungsvollen ...für die baldigen Verhandlungen dieses Hauses der ...ren und edelsten Gesetzgeber bedeuten.

...Die Manteuffelsche Aktion entbehrt nicht des humoristischen ...Mit Politik, sagt Freiherr v. Manteuffel, mit der ...frage, habe sein Schreiben nichts zu tun. Natürlich ...r v. Manteuffel dies nur, um einigen Kommerzien- ...die etwa ängstlich werden könnten, die Oeffnung des ...feuilles zu erleichtern. Ueberhaupt aber ist es ohne ...ein humorvoller Einfall des Junkerführers, die Be- ...des im Dienste der preußischen Junker stehenden ...giments von den reichen Bourgeois Berlins ...n zu lassen. Es gibt ja in der Reichshauptstadt genug ...Zeitgenossen, die Hoflieferanten und Kommerzien- ...werden wollen oder nach der Ehre eines Ordens streben ...mit Anschluß an die „beste Gesellschaft" suchen. Diese ...denen die blauen und braunen Scheine reichlich in der ...liegen, sind gerade gut genug, die Säbel und die ...zu bezahlen, die im Junkerdienst hauen und ...sollen!

...Natürlich hat die Manteuffelei ihren sehr ernsten Zweck. ...die Berliner Bevölkerung mit seltener Einmütigkeit ...gen die unverständigen Maßregeln des Polizei- ...denten v. Jagow und gegen die überflüssigen, ...das Leben von Frauen, Kindern und friedlichen ...gefährdenden Polizeiattacken erklärt, und nach- ...die Berliner Stadtverordnetenversammlung diese ...ung der Bevölkerung unzweideutigen Ausdruck ver- ...hielten es die Herren v. Manteuffel usw. offenbar ...tig, irgend etwas wie eine Gegenaktion einzuleiten. ...aktion des preußischen Herrenhauspräsidenten richtet ...nur gegen die tadelnden Kundgebungen der zur Be- ...ung der Sachlage berufenen Faktoren, sondern sie be- ...gleich auch eine Aufreizung der Beamten zu neuen ...lichkeiten und neuen Gewalttaten. Ist es schon an sich ...t, für Beamte, die aus Steuergeldern bezahlt werden, ...tellsack zu schwingen, so wird das Treiben des preu- ...Herrenhauspräsidenten durch den Zweck, den es ver- ...geradezu sträflich. Denn dieser Zweck ist kein anderer ...t, die Berliner Schutzmannschaft durch Versprechen und ...rung von Geldgeschenken gegen die Berliner Bevölkerung ...zen.

...Eins aber scheint der preußische Herrenhauspräsident ...acht gelassen zu haben, nämlich das Vorhandensein eines ...Strafgesetzbuches, das den Beamten untersagt, ...ige Geschenke entgegenzunehmen. § 331 des Str.-G.-B.s ...

...Ein Beamter, welcher für eine in sein Amt einschlagende ...nicht pflichtwidrige Handlung Geschenke oder andere Vor- ...nimmt, fordert oder sich versprechen läßt, wird mit Geld- ...bis zu 300 M. oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

...Der Berliner Polizeipräsident hat es freilich bereits mit ...Gesetzesbestimmung für vereinbar angesehen, die ...-Spende eines Weinstubenbesitzers anzunehmen. Wie ...dem mag ihm das Geld riechen, das Seine Exzellenz der ...dent des Herrenhauses, Wirklicher Geheimer Rat und ...sdirektor der Provinz Brandenburg Freiherr v. Manteuffel ...ermeisen gedenkt!

...Die Manteuffels waren seit jeher die Anführer der ...ren Reaktionsstreiche. Der Vater des jetzigen Bettelbrief- ...lens war der berüchtigte Minister der preußischen Reaktions- ...ren 1849. Der Sohn hat das väterliche Handwerk über- ...men, aber der Erfolg seines ebenso arglistigen wie „ver- ...chen" Bettelbriefes wird nur sein, daß die Entrüstung ...die Anmaßungen der Junker immer weitere Kreise erfaßt!

## Nationalliberale Taktik.

Mit peitschendem Hohn suchen Konservative und Zentrum die preußischen Nationalliberalen zur Ordnung zurückzuscheuchen zu der im preußischen Landtag herrschenden Ordnung, daß wichtige und zugleich erzreaktionäre gesetzgeberische Vorlagen durch ein konservativ-klerikal-liberales Kompromiß erledigt werden. Auf der anderen Seite bemühen sich die Linksliberalen, an den nationalliberalen Nachbarn Bundesgenossen für die demonstrative Ablehnung der Wahlrechtsvorlage zu behalten. Die Lage der Nationalliberalen ist nicht beneidenswert, obwohl sie von zwei Seiten umworben werden; denn es ist die Umwerbung der Verachtung, das Einreden auf Leute, die für alles käuflich sind.

Der liberale Stierkampf in den letzten Wahlrechtsdebatten hat hie und da den Anschein erweckt, als ob die Liberalen sich verjüngen wollten. Aber die rhetorischen Kriegserklärungen des Herrn Friedberg, dem stets der Kamm polemisch schwillt, wenn er redet — er ist halt ein Temperament —, sind gewöhnlich nur das Vorspiel löblicher Unterwerfungen; und wenn gar der Magdeburger Schiffer sich radikal gebärdet, so erinnert man sich mit Schaudern, daß gerade er 1906 das höchst christliche Schulgesetz mit Zentrum und Konservativen gemacht hat; daß die Nationalliberalen wegen des die Selbstverwaltung aufhebenden Rektorenparagraphen damals in der Kommission und auch in der zweiten Lesung gegen das Gesetz gestimmt haben, während eine herablassende Gebärde der Konservativen sie bei der dritten Lesung bestimmte, für ein Gesetz zu stimmen, gegen das sie einst auf die Barrikaden steigen wollten, als der Kultusminister von Zedlitz es einbrachte.

Man darf über der oppositionellen Haltung der Nationalliberalen bei den Wahlrechtsdebatten nicht vergessen, ob sie nicht vielleicht am Ende sich berufen fühlen, im letzten Augenblick noch eine entscheidende Verschlechterung ins Gesetz hereinzubringen, um dann wegen solchen Zugeständnisses schweren Herzens für das Gesetz bei der vierten Abstimmung einzutreten. Es ist schon höchst verdächtig, daß sich die Nationalliberalen bei der vorläufigen Ablehnung an der Seite der Scharfmacherpartei an sich, bei den Freikonservativen, befunden haben.

Die Nationalliberalen haben vielerlei Rücksicht zu nehmen: auf die Jungliberalen des Südens und Westens, die ein bißchen Radikalismus wünschen; auf die industriellen Geldgeber, die einen ausgeprägten Schlotfeudalismus fordern; auf die Wählermassen, die bei den Reichstagswahlen immerhin gebraucht werden; auf die Stadtbevölkerung, die der Bevorzugung der Agrarier widerstreben; auf die Agrarier, ohne die sie ihre Mandate verlieren; auf die Intellektuellen, die antiklerikale Propaganda begehren; auf das Zentrum, das doch nun einmal der sicherste Helfer in allen kapitalistischen Nöten gegen die proletarische Flut ist. So müssen sie überallhin reden — fragt sich nur, wie sie schließlich handeln werden.

Will man den wahrscheinlichen Ausgang des elenden politischen Schachers, in dem elementare Volksrechte zerfetzt werden, richtig beurteilen, so erinnere man sich an die sehr merkwürdige Wandlung, die sowohl die Liberalen wie die Freisinnigen und auch das Zentrum in der preußischen Wahlrechtsvorlage vorgenommen haben. Lassen wir einmal die Freisinnigen aus dem Spiel, so ergibt sich, daß Zentrum und Liberale in der letzten Zeit ihre Rollen vertauscht haben — ein Beweis, daß ihnen diese Lebensfrage der deutschen Entwicklung nichts ist wie ein leeres taktisches Manöver.

Die Nationalliberalen haben eben noch feierlich verkünden lassen, daß sie auf dem direkten und geheimen Wahlrecht beharren. Diese Forderung aber vertreten sie erst seit der Bülowschen Blockzeit. Gerade vor einem Jahr beschloß der nationalliberale Zentralvorstand zur preußischen Wahlreform: „Die Reform des preußischen Landtagswahlrechts ist unaufschiebbar. Von der Einführung des Reichstagswahlrechts ist abzusehen. Die Reform ist auf der Grundlage der von der preußischen Landtagsfraktion gestellten Anträge darauf einzurichten, daß 1. zum Ausgleich für die eingetretenen erheblichen Veränderungen eine anderweite Feststellung der Wahlbezirke und der Zahl der in ihnen zu wählenden Abgeordneten herbeigeführt wird; 2. daß auf die soziale und wirtschaftliche Schichtung des Volkes in ihrer Bedeutung für die Gesamtwohlfahrt Rücksicht genommen wird; 3. daß in diese Reform die geheime und direkte Stimmabgabe aufgenommen wird." Und Ende April 1909 forderte der Delegiertentag der preußischen Nationalliberalen Neueinteilung der Wahlkreise, „die jedoch nicht einseitig die Bevölkerungsziffer berücksichtigen darf, sondern der geschichtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung der verschiedenen Landesteile und Bevölkerungsschichten Rechnung zu tragen hat". Ferner wurde verlangt „bei der Bemessung des Wahlrechts des einzelnen Bürgers neben der Bewertung der Steuerleistung die Heranziehung ideeller Momente, die den Wert der Einzelpersönlichkeiten für den Staat bestimmen". Endlich wollte man die direkte geheime Stimmabgabe, „um den Wählern zu ermöglichen, das ihm anvertraute Wahlrecht frei und uneingeschränkt auszuüben".

Die nationalliberalen Einzelpersönlichkeiten forderten mithin ein geheimes direktes Pluralwahlrecht, in drei Klassen nach „Besitz und Bildung" abgestuft, bei einer bescheidenen Vermehrung der städtischen Mandate im Vergleich zu den ländlichen. Man darf vermuten, daß diese nationalliberalen Forderungen — abgesehen von der geheimen Wahl — die Grundzüge des Bülowschen Wahlrechtsentwurfs enthalten, der dann in die Bethmannsche Philosophie aufgelöst worden ist.

Wichtig an diesen Grundsätzen war die Forderung des direkten geheimen Wahlrechts, auf der ja die Liberalen auch jetzt noch beharren wollen. Das war ein Bruch mit der Vergangenheit. Die spärlichen und müden Reformversuche der bürgerlichen Parteien, die sie in den letzten Jahrzehnten ohne ernstliche Bemühung dem preußischen Wahlrecht gewidmet haben, erschöpften sich in zwei Forderungen: Neueinteilung der Wahlkreise und geheime Wahl. Das Zentrum lehnte regelmäßig die Wahlkreisreform ab und verlangte geheime Wahl, umgekehrt stimmten die Nationalliberalen für die Neueinteilung der Kreise und gegen die geheime Wahl. Noch im Jahre 1906 wurde ein freisinniger Antrag Barth, der beide Forderungen aufstellte, zu Falle gebracht, indem das Zentrum gegen die Neueinteilung der Kreise, die Liberalen gegen die geheime Stimmabgabe stimmten.

Dieser regelmäßig wiederkehrende Gegensatz war durchaus begründet in einem brutal sich durchsetzenden Selbsterhaltungstrieb. Das Zentrum widerstrebte der Begünstigung der Städte, weil seine Macht im flachen Lande wurzelt. Die Liberalen wollten die städtischen Mandate vermehren, weil hier ihre Erfolge sind. Das Zentrum heischte geheime Wahl, weil in den alten Kulturkampfdistrikten, wo der katholische Arbeiter von liberalen Unternehmern und der katholische Beamte von den Behörden bedrängt wird, die öffentliche Wahl für die Klerikalen ungünstig wirkt. Die Liberalen wollten umgekehrt durch die öffentliche Wahl den Unternehmer-Terror gegen die Proletarier und Angestellten sichern.

Diese Interessen hätten sich nun plötzlich von Grund aus geändert? Auf einmal tritt das Zentrum für öffentliche Wahl ein, die Liberalen erklären dagegen, die geheime direkte Stimmabgabe mit ihrem Herzblut erkämpfen zu wollen! Das Verhalten der Zentrumspartei ist freilich zu verstehen. Indem sie geheimes Stimmrecht für die Urwahlen, öffentliches für die Abgeordnetenwahlen durchsetzt, stärkt sie ihre Position. Sie schützt ihre Schafe gegen die kapitalistischen liberalen Wölfe und kann anderweitig die Wahlmänner kontrollieren und fromm anbellen; Schwierigkeiten, überhaupt Wahlmänner zu finden, wie sie die Freisinnigen und Sozialdemokraten haben, braucht sie ja nicht zu fürchten. Aber woher der plötzlich erwachte Eifer der Liberalen für geheime direkte Wahl?

Diese neue liberale Begeisterung erweckt Mißtrauen. Trotzen diese revolutionären Liberalen bereits ihren Geldgebern? Eben haben doch gerade die liberalen rheinisch-westfälischen Unternehmer Mann für Mann in einem Aufruf gegen die Einführung des direkten geheimen Wahlrechts protestiert? Ohne die kann aber die nationalliberale Partei überhaupt nicht leben.

Der Verdacht liegt also nahe, daß die ganze Schwärmerei für das geheime, direkte Wahlrecht nichts ist wie ein demagogischer Trick, der unschädlich ist, weil diese Reform ja doch keine Aussicht auf Verwirklichung hat. In der Tat hat sich bereits bei der dritten Lesung ein Weg der Verständigung gezeigt. Da war nichts mehr von der unweigerlichen Bedingung des geheimen, direkten Wahlrechts zu hören, wohl aber von der Mindestforderung der Drittelung in den Wahlkreisen (statt in den Urbezirken) und der Auswahl der Wahlmänner aus dem ganzen Kreise.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Wahlkreis-Drittelung das eigentliche Objekt des Schachers bis zur vierten Lesung ist; daß danach die wirkliche Sehnsucht der Liberalen geht, die sie durch das Schreien nach dem geheimen direkten Stimmrecht zu verhehlen suchen, wie die Freikonservativen diese Begierde offen aussprechen — als Preis ihrer Zustimmung. Gelingt das, so bedeutet das die Unmöglichkeit, daß gerade ein Sozialdemokrat gewählt wird.

Man übersehe nicht über der scheinbaren liberalen Opposition die wirkliche liberale Taktik, die letzte denkbare Verschlechterung des preußischen Wahlrechts, ein Auftrag der rheinisch-westfälischen Industriellen, zu erfüllen!

* * *

Neue Mogelpläne werden in einem Artikel, den die Kreuzzeitung von einem rheinisch-westfälischen Großindustriellen erhält, angedeutet. Es wird darauf hingewiesen — und dieser Hinweis dürfte richtig sein — daß ein Entgegenkommen der Konservativen an die Nationalliberalen in der Frage der Drittelung nicht möglich sei, weil dadurch die Zustimmung des Zentrums verloren gehen würde. Anstatt dessen wird vorgeschlagen, das Aufrücken in die zweite Wählerklasse von einem Mindesteinkommen von 1500 M., das Aufrücken in die erste Klasse von einem Mindesteinkommen von 2400 M. abhängig zu machen. Auf diese Weise soll den Arbeitern auch in solchen Urwahlbezirken, in denen ihnen sonst die Drittelung zufällig günstig ist, ein Aufrücken in die höheren Wählerklassen unmöglich gemacht werden. Der berechtigte Einfluß des Mittelstandes, heißt es wörtlich weiter, würde sodann „weniger geschwächt werden", als es jetzt der Fall sei.

Bezeichnend ist ferner, daß der Großindustrielle in seiner Zuschrift an die Kreuzzeitung erklärt, das städtische liberale Bürgertum sei überhaupt gegen jede Wahlreform; die jetzigen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses aber bezeichnet er als etwas, was keinen Menschen befriedigt und nur Anlaß

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100330/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG